

Anschreiben an Schulen und (Aus-)Bildungseinrichtungen

Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) erhalten wir Zuwendungen aus dem **Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)** und aus Mitteln der **Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)** zur finanziellen Förderung von Veranstaltungen katholisch-sozial orientierter politischer Jugend- und Erwachsenenbildung. Diese Zuwendung zu den Veranstaltungs- und teilweise auch Personalkosten ermöglichen es uns, preisgünstige Veranstaltungen anzubieten. Damit wir als Antragssteller die finanzielle Förderung aus Bundesmitteln beziehen können, muss gewährleistet werden, dass unser Angebot außerschulisch ist. Dazu müssen folgende Kriterien beachtet und bei der Durchführung eingehalten werden. Diese Kriterien gelten auch für universitäre Angebote.

Mit dem angefügten Schreiben bestätigen Sie durch Ihre Unterschrift die Einhaltung dieser Kriterien. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Annika Breuer (KJP) oder Eileen Eisenhut (bpb).

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist freigestellt und Interessent*innen können dafür beurlaubt werden.

- Die Teilnahme sowie der Grad der Beteiligung am gesamten Bildungsprozess ist freiwillig und muss vom außerschulischen Träger jederzeit sichergestellt werden.
- Alternativunterricht für Schüler*innen anzubieten, die nicht am Angebot teilnehmen möchten, fällt unter den Aspekt der Freiwilligkeit.

Die Veranstaltung(en) gilt/gelten weder zeitlich noch inhaltlich als Erfüllung oder Ersatz unserer Lehrverpflichtungen.

- Das Seminar erfolgt nicht aufgrund der Erfüllung bzw. im Rahmen eines schulischen und unterrichtlichen Auftrags.
- Die Teilnehmenden der Veranstaltung bzw. des Vorhabens werden keiner schulischen Leistungsbeurteilung unterzogen. Dies schließt nicht aus, dass Bildungsprozesse und -ergebnisse im Interesse der Anerkennung non-formalen Lernens beschrieben, reflektiert und auch dokumentiert werden können.
- Als non-formales Angebot sollte das Seminar nicht im schulischen Umfeld stattfinden.

Wir wirken nicht an den pädagogischen Gestaltungen der Veranstaltung(en) mit und die Durchführung(en) steht/stehen rechtlich und pädagogisch nicht in unserer Verantwortung.

- Das Seminar darf nicht als Lehrangebot des schulischen Kooperationspartners gelten.
- Die Verantwortung in der konzeptionellen und praktischen Umsetzung des Seminars liegt alleinig bei dem Antragssteller.
- Da die Verantwortung der Durchführung des Seminars beim Antragssteller liegt, dürfen nicht die Teilnahmebedingungen der Schule/Bildungseinrichtung gelten.
- Lehrer*innen oder sonstiges Personal der Schule/Bildungseinrichtung dürfen keine pädagogischen Aufgaben bei den Veranstaltungen haben.

Von uns werden weder öffentliche Mittel aus unserem Haushalt noch Zuwendungen aus Öffentlichen Mitteln für die Finanzierung der Veranstaltung(en) eingesetzt.

- Eine Landesförderung und Zuschüsse aus z.B.: Stiftungen sind gestattet, solange die Maßnahme nicht überfinanziert wird. Abzüglich der Förderung aus der KJP- oder bpb-Förderung darf die zusätzliche Förderung nicht höher als die Ausgaben sein.

Bescheinigung der (Aus-)Bildungseinrichtung

Ich bestätige,

für die Veranstaltungen(en) (Titel)

generell für Veranstaltungen, die Sie im Jahr _____ in Zusammenarbeit mit uns für unsere (Zielgruppe) _____ anbieten, **dass**

- die Teilnahme daran freigestellt ist und Interessenten dafür beurlaubt werden können,
- die Veranstaltung(en) weder zeitlich noch inhaltlich als Erfüllung oder Ersatz unserer Lehrverpflichtungen gilt/gelten,
- wir an den pädagogischen Gestaltungen der Veranstaltung(en) nicht mitwirken werden und sie rechtlich und pädagogisch nicht in unserer Verantwortung steht/steht,
- von uns weder öffentliche Mittel aus unserem Haushalt noch Zuwendungen aus Öffentlichen Mitteln für die Finanzierung der Veranstaltung(en) eingesetzt werden.



(Stempel der Schule/ (Aus-)Bildungseinrichtung)

Ort, Datum

Unterschrift (Name/Funktion)